

Eine große Koalition soll regieren. Darauf haben sich CDU/CSU und SPD im Bundestag geeinigt. Ein Zeichen dafür, daß die Merkel-''Opposition'' im letzten Bundestag keine Opposition war. Was eigentlich alle hätten wissen können. Wären nicht die gleichen Grundideen bei allen vorhanden gewesen, im Detail hier und da etwas anders, wurde man nun nicht gemeinsam antreten, oder?

Was auch immer im Regierungsprogramm stehen wird, eins ist unbestreitbar: Es wird teuer fürs arbeitende und erwerbslose Volk. Weniger Geld für Erwerbslose, mehr Ministerien, mehr Mehrwertsteuer? Maut auch für PKW? Und und und.



Nr. 60 - November 2005  
Erscheint seit 1992

**Grosse Koalition und Kanzlerin Merkel:**

# Das wird teuer!

Für die große Industrie wird es nicht teuer werden, für die gut Verdienenden auch nicht, das sagt alle Erfahrung mit CDU/CSU- und SPD-Regierungen. Deshalb aber um so teurer für den Rest der Bevölkerung, für alle die nicht so gut gestellt sind. Denn irgendwo muß das Geld herkommen, und will man es nicht von den Reichen holen - was CDU/CSU/SPD scheuen, wie der Vampir das Tageslicht - dann wird es von den Arbeitenden und Erwerbslosen geholt werden.



Es ist etwas neues in diesem Parlament, daß CDU/CSU und SPD nicht mehr so tun können, als vertreten sie entgegengesetzte Konzepte. Diese Propaganda ist erstmal tot. Neu ist aber auch, daß es mit der Linkspartei nun sowas wie einen wirklichen Oppositionsansatz im Parlament gibt. Die Linkspartei wird dabei mit ihren 54 Abgeordneten nichts durchsetzen können. Es wäre unrealistisch so etwas zu denken. Aber sie könnte das Parlament nutzen, um von dort aus eine wirkliche gesellschaftliche Opposition aufzubauen. Das wäre ein erster ermutigender Schritt.

Mit dieser Regierung wird nichts besser werden. Es sei denn, gegen sie, durch den Druck der Straße. Und da muß man nicht pessimistisch sein. Es gab schon einmal eine "große Koalition" in der Bundesrepublik. Gegen sie entwickelte sich das Rebellionsjahr 1968.



*Und wie war Ihre Reaktion auf die neue Regierung?*

## Wir gratulieren.



*Sevim Dagdelen, MdB Die Linke*

Die Linkspartei hat sich gut geschlagen. Am linken Niederrhein erreichte sie in Krefeld ihr bestes Ergebnis mit 5,7 %.

Die Linkspartei-Direktkandidatin aus Krefeld-Nord/Moers, Sevim Dagdelen, zog über die Landesliste in den Bundestag ein. Wir gratulieren. Mitglieder unserer Partei kandidierten auf den Listen der Linkspartei und wir unterstützten den Wahlkampf aktiv.

Nun gilt es, die Einheit der Krefelder Linken weiter zu festigen.



# Stolpersteine

Der Künstler Gunter Demnig erinnert an die Opfer der NS-Zeit, indem er vor ihrem letzten selbstgewählten Wohnort Gedenktafeln aus Messing ins Trottoir einlässt. Bis heute hat er

über 5500 Steine in 97 Ortschaften verlegt. "Ein Mensch ist erst vergessen, wenn sein Name vergessen ist", sagt Gunter Demnig. Mit den Steinen vor den Häusern hält er die Erinnerung an die Menschen lebendig, die einst hier wohnten.

Schüler der Kurt-Tucholsky-Schule in Krefeld überzeugte diese Aktion so sehr, daß sie begannen Geld zu sammeln, um auch in Krefeld solche "Stolpersteine" zu verlegen. Dabei können das sicher nur symbolische Orte sein. Für die mehrere tausend Opfer der Nazi-Herrschaft allein in unserer Stadt, könnten gar nicht überall "Stolpersteine" verlegt werden. Trotzdem eine tolle Idee dieser Schüler so aktiv zu werden.



Aber nun, wo Geld gesammelt wurde, soll aus dieser Aktion nichts werden. Die Stadt Krefeld sagt "Nein" und beruft sich auf Stimmen aus den Opferverbänden, die meinen, die Steine wären zu klein um überhaupt sichtbar zu sein und dann würde noch auf den Namen herumgetrampelt.

Wir haben Respekt vor diesen Stimmen. Doch trotzdem müssen wir uns fragen: Muß ein Denkmal unbedingt groß sein, um Ein-



## Hetzer Clement

Bekämpfe nicht den Kapitalismus und seine Auswirkungen, bekämpfe stattdessen die Opfer, die Arbeitslosen. Dies scheint sich die SPD, allen voran deren Funktionär Wolfgang Clement, gesagt zu haben. Er steht wegen einer Broschüre seines Ministeriums gegen angeblichen Missbrauch beim sog. Arbeitslosengeld II (ALG II) heftig in der Kritik.



schen zu übertragen. Dabei wird aber gleichzeitig beschrieben, dass das Verhalten von "Sozialbetrügern" besonders verwerflich ist, da sie aus freiem Willen handeln können.

Diese Sprache und Hetze der SPD erinnert an übelste Zeiten deutscher Geschichte des Faschismus.

Es sei zu befürchten, dass die ALG-II-Empfänger pauschal zum Sündenbock erklärt würden, sagte die stellvertretende DGB-Chefin Ursula Engelen-Kefer der "Berliner Zeitung". Auch vom Präsidenten des Sozialverbands VdK und vom Paritätischen Wohlfahrtsverband gab es Kritik.

In der Broschüre mit dem demagogischen Titel "Vorrang für die Anständigen - Gegen Missbrauch, Abzocke und Selbstbedienung im Sozialstaat" heisst es wörtlich: "Biologen verwenden für Organismen, die zeitweise oder dauerhaft zur Befriedigung ihrer Nahrungsbedingungen auf Kosten anderer Lebewesen - ihren Wirten - leben, übereinstimmend die Bezeichnung Parasiten."

Weiter wird es in dem Propaganda-Text zwar als "völlig unstatthaft" bezeichnet, Begriffe aus dem Tierreich auf Men-

Mit dieser Kampagne soll wahrscheinlich auch darüber hinweg getäuscht werden, dass zahlreiche, laut Gesetz zu Leistungen berechnete Opfer des Kapitalismus, in rechtswidriger Weise gar keine Leistungen erhalten, indem man diese durch juristische Winkelzüge von Leistungen ausschliesst. In diesem Zusammenhang hält die Regierung u.a. die Zahlen derjenigen, die auch keinerlei Krankenversorgung mehr haben, weiterhin geheim.



druck zu machen? Und ist es nicht gerade dieses Anstoßen mit dem Fuß, das Aufmerksamkeit - und vielleicht auch Eindruck - erwecken kann? An mehreren Stellen der Stadt sind Gedenktafeln in den Boden eingelassen. Sind die dann auch abzulehnen? Wir halten diese Argumentation nicht für überzeugend.

Das Geld haben die Schülerinnen und Schüler ausdrücklich für solche "Stolpersteine" gesammelt und es sollte auch dafür verwendet werden. Wir hoffen, die Stadt gibt nach und die Schülerinnen und Schüler lassen sich nicht beirren.



## Wieder nur 1000 Lehrlinge

Um mehr als ein Drittel ist die Zahl der Ausbildungsplätze bei BAYER in den letzten fünfzehn Jahren zurückgegangen. Gab es 1990 in den Werken noch 1600 Lehrstellen, so strich der Konzern diese bis zum Herbst 2005 auf rund 1000 zusammen. Rund ein Viertel der Lehrlinge stehen dabei gar nicht mehr in Diensten von BAYER. Er bildet sie vielmehr im Auftrag von BAYERs Chemie-Abspaltung LANXESS aus, die selbst keinerlei Ausbildungsanstrengungen unternimmt.

### Impressum + Kontaktadresse

Herausgeber: DKP Kreisorganisation linker Niederrhein,  
Prinz-Ferdinand-Str. 71, 47798 Krefeld - Verantwortlich: Horst Wilhelms, Tel. 02151/315838  
eMail: dkp\_krefeld@lycos.de -  
Eigendruck



# 1-Euro-Jobs abschaffen



hohe Pauschalbeträge in die Kassen der Träger von 1-Euro-Jobs fließen, während Erwerbslose dort rechtlos Arbeiten verrichten und auf diese Weise der Abbau regulärer Beschäftigungsverhältnisse in den Einrichtungen beschleunigt wird.

## Tariflich abgesicherte Arbeitsplätze statt Billigjobs

Hartz IV ist seit 1.1. 2005 in Kraft. Wie sieht die Bilanz bei den Ein-Euro-Jobs aus?

Wie zu erwarten war, ist die Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Vorjahr nicht gesunken. Geschaffen wurden statt dessen bundesweit bisher etwa 250 000 "Arbeitsgelegenheiten", die nicht mehr in der Arbeitslosenstatistik auftauchen.

Gibt es Alternativen? Die übliche These lautet, für reguläre Beschäftigung im öffentlichen Dienst fehle das Geld. Wir sagen: Es fehlt nur der politische Wille.

## Ein-Euro-Jobs sind nicht billig, im Gegenteil

Gestalten wir ein Finanzierungsbeispiel. Damit die Erwerbslose Maria Müller (ledig) in einen Ein-Euro-Job gepresst werden kann, werden folgende Mittel aufgewendet:

300,- Euro für Marias Wohnung

345,- Euro werden ihr als Lebensunterhalt zuerkannt

500,- Euro bekommt der Träger, damit er Maria Müller bei sich arbeiten lässt. (Davon muss er auch den einen Euro pro Stunde an Maria Müller bezahlen, den "Rest" kann er selbst verwenden.)

220,- Euro werden für Marias Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung abgeführt.

## 1365,- Euro gesamt

Für dieses Geld kann ein tariflich abgesicherter Teilzeit-Arbeitsplatz geschaffen werden. Es ist skandalös, dass

## Rechtlosigkeit

Wenn Arbeitslose gezwungen werden, 30 Stunden pro Woche ohne tarifliche Absicherung zu arbeiten, dient das dem völligen Aufbrechen der Tarifstrukturen und der Einführung von Armutsjobs.

In den letzten Jahren wurden die Steuern für Unternehmen und Großverdiener immer weiter gesenkt. Der Anteil der Steuern auf Gewinne und Vermögenseinkommen an allen Steuereinnahmen hat sich von 1978 bis 2003 von 28 auf 14 Prozent halbiert. Es wurde ein Steuerverzicht betrieben, der sich auf mindestens 25 Mrd. Euro pro Jahr beläuft. Diese Umverteilung von unten nach oben zugunsten großer privater Einkommen war eine politische Entscheidung. Die Senkung der Gewinnsteuern hat nicht etwa die Schaffung neuer Arbeitsplätze zur Folge gehabt. Im Gegenteil, die Steuereinsparungen wurden an Aktionäre ausgeschüttet und/oder erneut profitabel angelegt.

## Ein-Euro-Jobs sind ein Angriff auf alle abhängige Beschäftigten

Die Ein-Euro-Jobs zerstören die Tarifstrukturen und führen dazu, dass reguläre Arbeitsverhältnisse abgebaut werden. Sie setzen die Beschäftigten unter Druck, unter immer schlechteren Arbeitsbedingungen zu arbeiten. Die Drohung mit Hartz IV dient auch dazu, kritische KollegInnen einzuschüchtern. Ein-Euro-Jobber dürfen nicht streiken und sind maximal 9 Monate im Betrieb. Sie erschweren auch von daher die gewerkschaftliche Gegenwehr und den Zusammenhalt der KollegInnen.

Kaum war die Wahl vorbei, begann die Kampagne



ERST "WIR SIND PAPST"

DANN:



Du bist Deutschland

**Dein Christus: ein Jude  
Dein Auto: ein Japaner  
Deine Pizza: italienisch  
Deine Demokratie: griechisch  
Dein Kaffee: brasilianisch  
Dein Urlaub: türkisch  
Deine Zahlen: arabisch  
Deine Schrift: lateinisch**

**egal "Du bist Deutschland"**

Wir sind auch im Internet:

**WWW. DKP-LINKER-NIEDERRHEIN.DE**